



Gesetzentwurf

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der personalrechtlichen Interessenvertretung in der Pandemie für das Jahr 2022

Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz zur Sicherstellung der personalrechtlichen Interessenvertretung in der Pandemie für das Jahr 2022

Begründung

anliegend.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitzender FDP

Entwurf

**Gesetz zur Sicherstellung der personalrechtlichen
Interessenvertretung in der Pandemie für das Jahr 2022.****§ 1**

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 und 2 des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt gilt, dass Beschlüsse des Personalrates auch wirksam sind, wenn sie mittels Umlaufverfahren oder in einer Video- oder Telefonschaltkonferenz gefasst werden.

(2) Umlaufverfahren sind vorbehaltlich einer abweichenden Regelung in der Geschäftsordnung im Sinne des § 40 des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt nur zulässig, wenn kein Mitglied des Personalrates unverzüglich nach Bekanntgabe der Absicht zur Durchführung der Abstimmung im Umlaufverfahren diesem Verfahren gegenüber dem Vorsitzenden widerspricht. Das Ergebnis eines Beschlusses, der im Umlaufverfahren gefasst wird, ist dem Personalrat spätestens in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben.

(3) Für die Abstimmung in einer Video- oder Telefonschaltkonferenz gilt, dass

1. vorhandene Einrichtungen zu nutzen sind, die durch die Dienststelle zur dienstlichen Nutzung freigegeben wurden,
2. vorbehaltlich einer abweichenden Regelung in der Geschäftsordnung im Sinne des § 40 des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt kein Mitglied des Personalrates unverzüglich nach Bekanntgabe der Absicht zur Durchführung der Sitzung mittels Video- oder Telefonschaltkonferenz diesem Verfahren gegenüber dem Vorsitzenden widerspricht und
3. der Personalrat geeignete organisatorische Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, dass Dritte vom Inhalt der Sitzung keine Kenntnis nehmen können.

Eine Aufzeichnung ist unzulässig. Personalratsmitglieder, die mittels Video- oder Telefonschaltkonferenz an Sitzungen teilnehmen, gelten als anwesend. § 39 Abs. 1 Satz 4 des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt findet mit der Maßgabe Anwendung, dass der Vorsitzende vor Beginn der Beratung die zugeschalteten Personalratsmitglieder feststellt und in die Anwesenheitsliste einträgt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Begründung

Zu § 1

Zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie ist weiterhin und unter besonderer Würdigung der aktuellen Lage der Verzicht auf Präsenzsitzungen notwendig. Beschlüsse der Personalräte sind in Abweichung von § 35 Abs. 1 und 2 Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt bislang befristet bis zum 31. Dezember 2021 auch gültig, wenn sie mittels Umlaufverfahren oder in einer Video- oder Telefonschaltkonferenz gefasst werden. Dies soll bis zum 31. Dezember 2022 für den Fall einer Naturkatastrophe, epidemischen oder pandemischen Lage bzw. sonstigen außergewöhnlichen Notsituation fortgelten.

Zu § 2

Das Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.